

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 20.11.2018

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher
Frau Gorsler Stellv. Vorsitzende
Herr Kaufmann
Herr Pieplau
Frau Weißefeld

CDU

Herr Copertino
Herr Hüsemann
Frau Jansen
Herr Jung
Frau Schellong

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hennke
Herr Holler-Göller
Herr Hood Vorsitzender

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic Integrationsrat
Frau Huber Seniorenrat
Herr Teutrine FDP-Ratsgruppe
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr Dr. Schmid

Frau Frommer

Frau Buhl

Frau Meinert

Frau Kleiner
Herr Linnenbürger

Dezernat 5

Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention

Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention

Stab Dezernat 3

Stab Dezernat 5

Gäste:

Frau Hopster
Frau Knoke
Herr Siegeroth

AGW

Bethel.regional

REGE mbH

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 04.09.2018**

Die Niederschrift wurde per Mail an die Mitglieder versandt.

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Regelsätze der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte schriftliche Mitteilung der Verwaltung.

Zu Punkt 2.2 **SGA-Sondersitzung am 19.12.2018**

Vorsitzender Herr Hood teilt mit, dass am Mittwoch, den 19.12.2018, ab 17:00 Uhr, im Rochdale Raum, eine Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Thema Kosten der Unterkunft stattfindet.

Zu Punkt 2.3 **interfraktionelles Gespräch über die Situation im Stadthallenenumfeld**

Vorsitzender Herr Hood teilt mit, dass am Dienstag, den 11.12.2018, von 16:00 bis 17:00 Uhr ein weiteres interfraktionelles Gespräch zur Situation im Stadthallenenumfeld stattfindet. Eine entsprechende Einladung sei an die Fraktions- bzw. Gruppensprecher bereits per Mail versandt worden.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen (Anfrage von Frau Adilovic vom 09.10.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7535/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort der Verwaltung.

Frau Adilovic äußert ihre Unzufriedenheit über die Antwort, da ihr aus der Praxis andere Erfahrungen und Rückmeldungen bekannt seien.

Auf Nachfrage von Frau Adilovic führt Vorsitzender Herr Hood aus, dass aufgrund des Antrags des Integrationsrates, Drucks.- Nr. 6158/2014-2020, in der SGA-Sitzung am 19.06.2018, eine umfangreiche Berichterstattung durch das BAMF und die REGE mbH stattgefunden habe. Es sei vereinbart worden, dass sie die erhaltenen Informationen an den Integrationsrat weitergebe und dort entschieden werde, ob der Antrag aufrechterhalten werden solle. Da eine entsprechende Rückmeldung bis heute nicht erfolgt sei, bestehe derzeit keine Veranlassung, den Antrag erneut auf die Tagesordnung des SGA zu nehmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

--

Zu Punkt 3.2 Beratungsstruktur für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen beim Jobcenter Bielefeld (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7690/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung, die bereits vorab per Mail versandt worden sei **(Anlage 1)**.

Herr Holler-Göller bedankt sich für die umfangreiche Antwort, behält sich allerdings vor, in einer der nächsten Sitzungen das Thema noch einmal aufzugreifen. Er befürworte auch den Vorschlag des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld, die Weiterentwicklung der gesundheitsorientierten Beratung in einer der nächsten SGA-Sitzungen vorzustellen.

Eine Nachfrage von Frau Bußmann wird von Beigeordnetem Herrn Nürnberger beantwortet.

Vorsitzender Herr Hood bittet die Verwaltung, eine Berichterstattung durch das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld in einer der nächsten Sitzungen zu berücksichtigen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5 Ansätze zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung für Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7630/2014-2020

Vor Eintritt in die Berichterstattung beantragt Herr Copertino, die Beschlussvorlage in 1. Lesung zu beraten.

Aufgrund der Komplexität der Vorlage sei es derzeit nicht zu beurteilen, ob die CDU-Fraktion Ergänzungsanträge stellen werde. Er schlage deshalb vor, die SGA-Beschlussfassung in der Sitzung am 22.01.2019 vorzusehen. Er nehme wohlwollend zur Kenntnis, dass zahlreiche Anregungen der CDU-Fraktion in dem Konzept berücksichtigt worden seien.

Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass bei einer 1. Lesung der Ratsbeschluss zeitlich nicht mehr so umgesetzt werden könne, wie er beschlossen worden sei. Er bewerte eine 1. Lesung allerdings als unproblematisch. Sie führe lediglich dazu, dass durch die spätere Beschlussfassung des SGA, als fachlich federführender Ausschuss, eine Beschlussfassung im Rat erst am 07.02.2019 möglich sei.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage Drucks.-Nr. 7630/2014-2020 wird in 1. Lesung behandelt.

Die endgültige Beschlussfassung durch den Rat erfolgt frühestens in der Sitzung am 07.02.2019.

- einstimmig beschlossen -

Herr Dr. Schmid erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Er hebt hervor, dass derzeit 15 Hausarztstellen in Bielefeld unbesetzt seien. In Baumheide gebe es lediglich eine hausärztliche Praxis; ein Kinderarzt fehle gänzlich. Eine Verschlimmerung der Versorgung drohe angesichts der vielen über 60-jährigen Praxisinhaberinnen und -inhaber, die oft keine Nachfolger finden. Für Bielefeld habe die KV, nach ihren eigenen Kriterien, keine Unter- oder Überversorgung festgestellt. Bei genauer Betrachtung würden allerdings abnehmende Arztdichten in Jöllenbeck, Senne, Sennestadt und Stieghorst sichtbar. Aktuell habe die KV die Kinderheilkunde zur Neuzulassung freigegeben und die Bezirke Senne und Sennestadt zu Förderzonen deklariert. Diese Maßnahmen führen jedoch kurzfristig nicht zu zusätzlichen Ärztinnen und Ärzten in Bielefeld. Die Re-

cherchen hätten deutlich gemacht, dass es bei anderen Kommunen keine kopierbaren Lösungen gebe. Derzeit scheinen Medizinische Versorgungszentren (MVZ) jedoch eine attraktive Alternative zur Praxis darzustellen. Aktuell gebe es ein MVZ in Brake mit fünf Hausärztinnen und -ärzten, zwei weitere seien für den Bereich Jöllenberg-Theesen-Babenhausen und Sennestadt in Planung. Die Kommune könne MVZs gezielt durch Bürgschaften unterstützen. Zusammenfassend könne man sagen, dass die Lösungswege aus der existierenden und viel mehr noch drohenden ärztlichen Unterversorgung sehr vielschichtig sein müssten.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die Berichterstattung.

Herr Holler-Göller fordert, dass im Rahmen des INSEK Sieker-Mitte eine bessere ärztliche Versorgung im Bielefelder Osten gesichert werde. Er bittet die Verwaltung, auf die KV dahingehend einzuwirken, dass sie den Stadtteil Stieghorst in die Förderliste mit aufnehme.

Herr Brücher bewertet die Vorschläge der Verwaltung als unterstützungswürdig, wünsche sich aber mehr Infos zu den einzelnen Stadtbezirken. Weiterhin fordert er eine jährliche Berichterstattung über den Entwicklungsstand zu dem die KV und weitere Akteure eingeladen werden sollten. Nur so könne Politik das Thema adäquat begleiten.

Herr Pieplau ergänzt, dass die von der KV WL erstellte Bestandsanalyse nicht den Antragsanforderungen entspreche.

Herr Gugat fordert von der Verwaltung, dass bei der Förderung von MVZs, genau hingeschaut werde, was gefördert werden solle. Darüber hinaus müsse ermittelt werden, wie Bielefeld für Ärzte attraktiver gestaltet werden könne. Insgesamt unterstütze er das vorgelegte Konzept.

Herr Copertino begrüßt die Besetzung der Arbeitsgruppe. Er fordert die KV dazu auf, das Planungsgebiet Bielefeld auf Stadtbezirksebene zu betrachten.

Herr Bolte bewertet die derzeitige Lage als Ergebnis des Fehlverhaltens der KV und des Gesundheitssystems insgesamt. Der Bereitstellung von Grundstücken sei er nicht abgeneigt, halte es aber für unverhältnismäßig, der Berufsgruppe der Ärzte durch kommunale Bürgschaften das unternehmerische Risiko abzunehmen.

Für Frau Bußmann spiegelt der Bericht eine gute Übersicht der Situation wider. Bürgschaften für die Niederlassung von Ärzten in sozial schwierigen Stadtbezirken halte sie für eine gute Option.

Herr Teutriene unterstützt eine jährliche Berichterstattung. Er fordert dazu auf, bereits mit Inbetriebnahme der Medizinischen Fakultät Maßnahmen zu entwickeln, mit denen ein sog. Klebeeffekt erzielt werden könne.

Frau Gorsler fordert dazu auf, personenbezogene Förderungen differenziert zu betrachten. Die Medizinische Fakultät werde erst später ihre Wirkung entfalten. Bei Untätigkeit vergrößere sich das Problem der ärztlichen Versorgung von Jahr zu Jahr. Die Unterstützung von MVZs und Praxisgründungen mit Bürgschaften, solle gut überlegt werden. Wenn Bielefeld zu unbeweglich sei, würden die umliegenden Gemeinden diese Möglichkeiten aufgreifen.

Auf Fragen von Herrn Brücher, Herrn Holler-Göller, Herrn Pieplau und Frau Hennke führt Herr Dr. Schmid aus, dass für eine Erweiterung des Förderplans, weitere Gespräche mit der KV erforderlich seien. Ob eine differenzierte Auswertung der Stadtbezirke möglich sei, werde erfragt. In welchem finanziellen Rahmen Bürgschaften ausgesprochen werden könnten, um die Niederlassung einzelner Ärzte attraktiver zu gestalten, sei nicht bekannt.

Vorsitzender Herr Hood bewertet das vorgelegte Konzept als positiven Aufschlag, der zu weiteren Diskussionen anrege. In diesem Zusammenhang hebt er die gute Zusammenarbeit mit den Hausärzten hervor. Er macht nochmal deutlich, dass der Einfluss der Verwaltung sehr eingeschränkt sei.

Die Vorlage wird in 1. Lesung vom Sozial- und Gesundheitsausschuss zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6

Integration Langzeitarbeitsloser -Teilhabechancengesetz (Ratsbeschluss vom 07.06.2018)

Beigeordneter Herr Nürnberger erinnert noch einmal an den Ratsbeschluss vom 07.06.2018, indem die Verwaltung aufgefordert worden sei, sich auf das neue Bundesprogramm zur Integration von Langzeitarbeitslosen vorzubereiten. Er weist darauf hin, dass der Beschluss des Bundesrates über das Gesetz am 19.12.2018 erfolgen solle.

Herr Siegeroth informiert über die sich aus dem Teilhabechancengesetz ergebenden Rahmenbedingungen für Lohnkostenzuschüsse nach §§ 16e und 16i SGB II. Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Ausarbeitung und Vorbereitung der kommunalen Strategie für die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes (**Anlage 2**).

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Vorsitzender Herr Hood, Herr Brücher, Frau Weißenfeld, Frau Hennke, Frau Hopster, Herr Pieplau, Herr Holler-Göller, Frau Gorsler, Frau Bußmann und Herr Gugat. Auf Fragen führen Beigeordneter Herr Nürnberger und Herr Siegeroth u. a. aus, dass Beschäftigungsmöglichkeiten auch in Teilzeit vorgesehen seien. Personen, die bisher eine geringfügige Beschäftigung hätten, seien von der Maßnahme ausgeschlossen. Während dieser Zeit erwerben die Teilnehmer keine Ansprüche auf die Zahlung von Arbeitslosengeld I. Sollte es nach Abschluss der Maßnahme nicht zu einer unbefristeten Beschäftigung kommen, würden wieder ALG II-Leistungen gezahlt werden. Das Coaching der Teilnehmer finde in den ersten zwei Jahren während der Arbeitszeit statt. Erfahrungsgemäß würde es sukzessiv weniger. Derzeit werde von einem Betreuungsschlüssel von 1:25 ausgegangen. Zur Vergabe der Coaching-Aufträge könnten derzeit noch keine Aussagen gemacht werden, da die dafür notwendigen Durchführungsbestimmungen noch fehlten.

Herr Siegeroth bittet die Träger, auch Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen anzubieten. Er sei sich dabei durchaus bewusst, dass dies ein hohes Maß an Einsatz bei allen

Akteuren erfordere. Durch die enge Begleitung der Coaches sei es bei einer drohenden Überforderung des Teilnehmers auch möglich, die individuelle Arbeitszeit anzupassen.

Das Bundesprogramm werde von einem Beirat, bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Kommune, begleitet.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die Berichterstattung. Vorsitzender Herr Hood bittet über die weitere Entwicklung im Ausschuss zu berichten und hofft auf „Klebeeffekte“ der Beschäftigungsmaßnahmen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Zwischenbericht über das Projekt "Älter werden in Bielefeld"

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über einen gemeinsamen Arbeitsprozess des Sozialdezernates der Stadt Bielefeld, der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände und des Seniorenrates zum Thema „Älter werden in Bielefeld“ (**Anlage 3**). Beabsichtigt sei, für die Bearbeitung dieses komplexen Themas die Arbeitsstruktur von „Bielefeld integriert“ zu übernehmen. Dadurch werde u. a. eine regelmäßige Berichterstattung gewährleistet.

Frau Hopster bewertet den Zusammenschluss der genannten Akteure für sehr erfolgsversprechend.

Frau Weißenfeld begrüßt die Formatübertragung von „Bielefeld integriert“. Eine Frage ihrerseits wird von Frau Hopster beantwortet.

Im Namen des Seniorenrates bedankt sich Frau Huber für die Zusammenarbeit der Akteure, um dieses Thema in der notwendigen Intensität voran zu bringen.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder und bittet um eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung des Projektes.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht über das Projekt "Altengerechtes Quartier Kammerich"

Frau Buhl stellt die Ergebnisse des Projektes „Altengerechte Quartiere.NRW“ im Quartier Brackwede-Kammerich vor (**Anlage 4**). Im Rahmen der Berichterstattung wird eine Broschüre „Ihr Wegweiser durch Brackwede“ mit praktischer Quartierskarte zum Herausnehmen verteilt. Die Dokumentation „Mobilität im Alter – Hindernisse und Barrieren im Stadtteil“ wurde dem Seniorenrat bereits zur Verfügung gestellt.

Fragen von Herrn Gugat werden von Frau Buhl beantwortet. Darüber hinaus bittet Herr Gugat, die Einladung zum Internationalen Advents-

markt am 11.12.2018, 17 – 18 Uhr, auch direkt an die Fraktionen zu übersenden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Zunächst erfolgt die Berichterstattung zu TOP 10.
 Die Protokollierung erfolgt unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt im
 späteren Teil der Niederschrift.*

Zu Punkt 9 Petristraße / Hakenort – Auftrag des SGA vom 9.10.2018 –

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7704/2014-2020

Über die Vorlage hinaus gibt es keine Fragen und es ergehen keine weiteren Empfehlungen des SGA an die BV Mitte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10 Evaluation Projekt Ernst-Rein-Str. für wohnungslose Menschen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7563/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood schlägt vor, dass aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und Nachfolgetermine der Berichterstatterinnen die Berichterstattung zu diesem Tagesordnungspunkt vorgezogen werde. Die Anwesenden erheben keine Einwände.

Frau Frommer und Frau Knoke informieren über die wesentlichen Punkte der Vorlage, die Ergebnisse der ½-Jahres-Evaluation und veranschaulichen die Aufteilung der Containerunterkünfte (**Anlage 5**). Die Unterbringungsmöglichkeiten im Rahmen des Projektes würden, erfreulicherweise auch von zahlreichen Frauen, sehr gut angenommen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die Berichterstattung. Auf Fragen von Herrn Jung, Herrn Brücher, Herrn Holler-Göller, Herrn Bolte und Herrn Gugat führen die Berichterstatterinnen u. a. aus, dass im Evaluationszeitraum Drogen in der Ernst-Rein-Straße keine Rolle gespielt hätten und daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Synergie-Effekte im Bahnhofsumfeld „Tüte“ erkennbar seien. Über die Aufnahme in den Containern entscheide ein Gremium aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Bielefeld und von Bethel.regional. Dort werde genau

geprüft, ob dem Hilfesuchenden evtl. ein Regelangebot unterbreitet werden könne.

Aufgrund des Temperaturabfalls seien andere Unterkünfte bereits an ihre Aufnahmegrenze gekommen. Die derzeit nicht in Anspruch genommenen sleep-in-Plätze würden jetzt als Notschlafplätze für wohnungslose Menschen angeboten. Die im sleep-in-Bereich geltende 7-Tage-Regelung werde bei frostigen Witterungsbedingungen außer Kraft gesetzt. Eine regelmäßige Berichterstattung wird zugesagt.

Beigeordneter Herr Nürnberger macht deutlich, dass die Verwaltung den Projektzeitraum „bis zu 3 Jahren“ bewusst gewählt habe. Die Nutzung sei mit 650.000 € jährlich sehr teuer und würde deshalb eng evaluiert und die Funktionalität des Angebotes geprüft werden. Sollte dieses niedrigschwellige Angebot dauerhaft notwendig sein, müssten innerhalb dieser drei Jahre andere Überlegungen angestellt werden, da die Container keine Dauerlösung darstellten. Die finanziellen Mittel seien in der mittelfristigen Haushaltsplanung bereits berücksichtigt.

Vorsitzender Herr Hood weist zusammenfassen noch einmal darauf hin, dass der SGA jährlich über den Projektverlauf und eventuell notwendige Konzeptanpassung zu informieren ist.

Frau Schulz weist darauf hin, dass die BV Mitte der Vorlage einstimmig zugestimmt habe und dem Projekt einen guten weiteren Verlauf wünsche.

Sodann fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, das Projekt an dem Standort Ernst-Rein-Straße als ein Angebot für wohnungslose Menschen in Bielefeld zunächst für einen weiteren Zeitraum bis zu 3 Jahren fortzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

Integration von Flüchtlingen in Bielefeld

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf die nachversandte Information über den aktuellen Status zu den Flüchtlingsunterkünften und den Auszügen in Mietwohnraum (**Anlage 6**).

Weitere Informationen werden im Rahmen des aktuellen Newsletters über „Bielefeld integriert“ als Tischvorlage verteilt (**Anlage 7**).

Fragen von Frau Weißenfeld, Herrn Copertino und Herrn Gugat werden von Beigeordnetem Herrn Nürnberger und Frau Schulz beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 12 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.